



Geschäftsleitung der SVP Uri

Fabio Affentranger
Wegmatt 17, 6460 Altdorf
praesident@svpuri.ch; 079 241 87 21

31. Mai 2021

Das schädliche Covid-Gesetz

Als die Corona-Pandemie begann, rief der Bundesrat die «ausserordentliche Lage» aus. Damit konnte er sich auf Notrecht stützen, das gesellschaftliche Leben einschränken und die Wirtschaft mit viel Geld unterstützen. Mitte Juni wurde das Regime beendet und seither gilt die «besondere Lage», bei der auch die Kantone und das Parlament wieder mitzureden haben. Damit verschiedene Notmassnahmen vom Frühjahr bis Ende 2021 verlängert werden konnten, mussten diese ins ordentliche Recht überführt werden. Seitdem das Gesetz im September 2020 verabschiedet wurde, fanden bereits zweimal Anpassungen statt. Innert kürzester Zeit wurde das Referendum (90000 Unterschriften!) gegen das Gesetz ergriffen. Die SVP Uri ist mit dem Komitee einig, dass das schädliche Gesetz dem Bundesrat zu viel Macht gibt und öffnet der Willkür Tür und Tor. Es trägt entscheidend dazu bei, dass die Schweiz mit stümperhaften Risikoeinschätzungen und Massnahmen wie Lockdowns in die grösste Wirtschafts- und Gesellschaftskrise seit dem 2. Weltkrieg gestürzt wird. Über alle Generationen hinweg werden die Menschen seit über einem Jahr um viele ihrer Rechte gebracht und Hunderttausende von Existenzen, Ausbildungs- und Arbeitsplätzen sind in Gefahr. Eine nahtlose Sicherstellung der Entschädigung bei einem Nein kann und muss gewährleistet werden. Das Parlament hat die Gelegenheit und die Verantwortung, die Hilfen in ein separates Gesetz zu überführen. Im echten Notfall genügt die «besondere oder die ausserordentliche Lage» nach Epidemien-Gesetz. Auf ihr basierend wurde auch der 1. Lockdown verfügt. Bei einem allfälligen «Nein» müssen die wirtschaftlichen Massnahmen rausgenommen und in ein neues Gesetz gegossen werden. Das dies innerhalb von drei Wochen (Sessions-Dauer) machbar ist, wurde letzten September eindrücklich bewiesen, als man das Notrecht ins Covid-Gesetz verpackt hat. Zudem beinhaltet das Gesetz schädliche Elemente (z.B. Subventionen für Medien oder die Ausnahmen für die Zustellung von Arzneimitteln). Die Mediensubventionen erhöhen sich mit dem Gesetz auf neu CHF 480'000'000.00 jährlich. Obwohl die Medienkonzerne Gewinne schreiben, möchte die Regierung unbedingt noch Geld an die Presse zahlen. Die Medien werden gekauft und der Bundesrat beendet die Pressefreiheit! Das Gesetz ist zu rasch erarbeitet und am Volk vorbei in Kraft gesetzt worden. Mit der Bekämpfung der Pandemie werden nicht nur Angst verbreitet, sondern auch die direkt-demokratische Ordnung auf den Kopf gestellt.

Ihre freiheitsliebende SVP Uri